

KED in NRW – Oxfordstraße 10¹¹ - 53111 Bonn

An das Ministerium für
Schule und Bildung des Landes
Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

per Mail

Bonn, 9. Januar 2020

Stellungnahme der KED in NRW zum Entwurf einer Verordnung zur Einführung der Fächer Wirtschaft und Informatik an allen Schulformen und zur Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 Schulgesetz NRW

Aktenzeichen 226 - 2.02.02.02 - 153087/19

Sehr geehrter Herr Dr. Schrapper, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Entwurf einer Verordnung zur Einführung der Fächer Wirtschaft und Informatik an allen Schulformen (...) Stellung zu nehmen. Besonders die informationstechnische Grundbildung, eng verbunden mit den Fragen der „Medienerziehung“, ist ein Thema, das die Eltern unseres Verbands und die Besucher unserer Veranstaltungen seit Jahren intensiv beschäftigt.

Der Einführung der Fächer „Wirtschaft“ und „Informatik“ stimmt die Katholische Elternschaft in NRW grundsätzlich zu. Besonders die Vermittlung der Grundlagen der Nutzung digitaler Medien scheint uns wichtig zu sein und sollte daher an allen Schulen verbindlich eingerichtet werden. Eine Einführung von „Informatik“ in Klasse 5 und 6 lässt sicherlich nur Basis-Wissen der Informatik zu, entspricht aber der Tatsache, dass Kinder immer früher Informationstechnik in ihrem Alltag nutzen. Neben dem „Programmieren“ - das in diesem Alter ohnehin nur auf einfachem Niveau oder mit anwender-unterstützten Programmen erfolgen kann, sollte der Unterricht die Grundlagen der Funktionsweise der im Alltag verwandten Programme vermitteln, da sich aus den Möglichkeiten z.B. der sog. Plattformen der „sozialen Medien“ sowohl deren Vorteile als auch deren Gefahren ergeben. Medienkompetenz muss als Erziehungsziel, besonders in dieser Altersgruppe, im Vordergrund stehen. Unterricht in Informatik, aber auch fächerübergreifend, sollte dazu beitragen, die Nutzung digitaler Geräte bewusster zu gestalten und angemessen kritisch zu hinterfragen.

Die jüngst vorgestellten Ergebnisse der ICILS-Studie, die ja die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der 8. Jahrgangsstufe sowie die digitale Infrastruktur an deutschen Schulen und Medienkompetenz von Lehrern und Lehrerinnen im Blick hat sind alarmierend und zeigen deutlich die Mängel in Deutschland im internationalen Vergleich.

Für eine flächendeckende Einführung ist es unerlässlich, dass die entsprechend ausgebildeten Lehrer*innen zur Verfügung stehen. Dazu müssen auch verstärkt Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften verwandter Fächer installiert werden, und zwar möglichst noch im Vorlauf zur Einführung des Fachs. In einem von uns durchgeführten „Elternforum“ kam der eklatante Mangel in diesem Bereich und die manchmal nicht ausreichende Medienkompetenz der Lehrer*innen zum Ausdruck – hier muss schon jetzt Abhilfe geschaffen werden!

Diese Lehrkräfte sind zudem unerlässlich für ein gesichertes und qualitativ angemessenes Angebot von Informatik in der **Mittelstufe (Wahlpflichtbereich)**. Auch in der Mittelstufe muss, aufbauend auf den in 5 und 6 erworbenen Kenntnissen und passend zur Alltags-Nutzung der Schüler*innen, der Informatik-Unterricht inhaltlich vielerorts verbessert werden: Von vielen Eltern wird die Ausstattung der Schulen beklagt sowie darauf hingewiesen, dass die Schulen nicht nur mit der entsprechenden Geräte-Ausstattung versehen werden müssen, sondern dass für diese auch ein Support gewährleistet werden muss. Hier erscheint die Einbeziehung anderer Berufsgruppen bzw. externer Anbieter geboten. Auch die Erneuerung bei veralteten oder defekten Geräten

muss in regelmäßigen Abständen bereits jetzt geplant und vorbereitet werden, hier sind auch Versicherungsfragen in Bezug auf die genutzten Geräte zu klären, und dies möglichst einheitlich für alle Schulen und ohne diesen den organisatorischen Mehraufwand aufzubürden.

Zu den Studententafeln erlauben wir uns folgendes anzumerken:

1. Realschule: Fußnote 1: Geschichte und Erdkunde müssen in SEK I mit jew. 7 W.St. erteilt werden, Politik und Wirtschaft mit jeweils 5. Hier ist aus unserer Sicht das Fach „Wirtschaft“ zu stark berücksichtigt. Gerade angesichts des heute zu beobachtenden politischen Verhaltens auch und besonders jüngerer Erwachsener sollte den Fächern „Geschichte“ und „Politik“ ein größeres Gewicht eingeräumt werden.
2. 9-jähriges Gymnasium: Im Fach „Wirtschaft-Politik“ sollte der Lehrplan aus oben genannten Gründen die politische Bildung in den Vordergrund stellen. Dass das Fach „Informatik“ hier aus dem Bereich Naturwissenschaften genommen wird, ist nachvollziehbar. Dabei darf aber der Bedarf konkret für Informatik ausgebildeter Lehrer*innen nicht außer Acht gelassen werden.
3. Gesamtschule: Hier ist „Technik“ im Lehrplan der 5 und 6 bereits etabliert. Eine zusätzliche Einführung von „Informatik“ lässt in dieser Schulform ein starkes Gewicht dieser technik-basierten Fächer entstehen. (v.a. gegenüber 6 Stunden „Gesellschaftslehre“) Vorschlag: Kann in dieser Schulform Technik und Informatik zu einem Block zusammengefasst werden, so wie auch bei anderen Fächern der Fall, und eine Stunde aus dem Bereich z.B. an Gesellschaftslehre abgegeben werden? Ebenfalls sehr wichtig ist an den Gesamtschulen die Sprachförderung: Diese darf nicht durch die zusätzlichen 2 Stunden Informatik leiden! (siehe auch „Sekundarschulen in (teil-)integrierter Form“)
4. zu §14: Dass verstärkter Kunst- und Musik-Unterricht im Wahlpflichtbereich ausdrücklich vorgesehen wird, entspricht dem häufig geäußerten Wunsch, dass der musischen Bildung mehr Raum eingeräumt wird. Eltern und Schüler*innen beklagen jedoch, dass dieses Angebot vielerorts nicht besteht.

Abschließend ist zu bemerken, dass die Neueinführung von Fächern nur möglich ist, wenn dafür Sorge getragen wird, dass die benötigten Lehrer*innen zur Verfügung stehen:

Auch bei Lehrermangel muss daher die Möglichkeit und die Verpflichtung zu regelmäßigen Fortbildungen, sowie die Weiterbildung fachverwandter Lehrkräfte für die neuen Fächer genutzt werden. Darüber hinaus bitten wir das Ministerium für Schule, sich mit den Verantwortlichen der universitären Bildung auf Maßnahmen zu verständigen, damit die benötigten Lehrer*innen ausgebildet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Honecker
Vorsitzende